

Amnesty kritisiert Syrien scharf

Bericht über Zunahme von Todesfällen in Gefängnissen

pub. · Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat in einem neuen Bericht die starke Zunahme von Todesfällen unter inhaftierten syrischen Regimegegnern angeprangert. In ihrem jüngsten Report dokumentiert die Organisation für den Zeitraum von April bis August dieses Jahres die Fälle von 88 Häftlingen, unter ihnen auch 10 Minderjährige im Alter von 13 bis 17 Jahren, die nach ihrer Festnahme während Protesten gegen das Regime ums Leben gekommen sind. In vergangenen Jahren wurden Amnesty zum Vergleich pro Jahr durchschnittlich fünf Fälle von in syrischen Gefängnissen zu Tode gekommenen Häftlingen gemeldet. Amnesty teilt mit, dass diese Zunahme kein Zufall sein könne, sondern in direktem Zusammenhang mit der allgemeinen Brutalität stehe, mit der das syrische Regime auf die Protestbewegung reagiere.

Amnesty International war nicht in der Lage, für den Bericht direkte Nachforschungen vor Ort anzustellen, da Vertreter der Organisation seit Juni 2010 keine Einreiseerlaubnis für Syrien mehr erhalten haben. Jedoch konnte Amnesty auf zahlreiche Zeugenaussagen sowie auf mit Mobiltelefonen erstellte Foto- und Videoaufnahmen der Opfer zurückgreifen, welche mit Hilfe von Forensikexperten ausgewertet wurden. Laut Amnesty lieferten die auf diesen Bildern erkennbaren Verletzungen

in mindestens 52 Fällen Hinweise auf schwerwiegende Misshandlungen durch Schläge, Tritte, Stiche, Verbrennungen und Elektroschocks, die zum Tode der Häftlinge führten oder zumindest dazu beitragen. In einigen Fällen seien den Leichnamen nach dem Tod noch zusätzliche Verletzungen zugefügt worden, um sie, wie Amnesty vermutet, in einem möglichst abschreckenden Zustand den Familien zu übergeben.

Laut Amnesty erfüllen die dokumentierten Fälle vor dem Hintergrund der generellen Gewalt bei der Niederschlagung der Proteste den Tatbestand eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Die Organisation appelliert daher an den Uno-Sicherheitsrat, den Internationalen Strafgerichtshof mit Ermittlungen in der Sache zu beauftragen sowie ein umfassendes Waffenembargo gegen das Land und die Blockierung der Vermögenswerte führender Vertreter des syrischen Regimes zu veranlassen.

Diese Forderungen werden in die seit einigen Wochen laufende, an die Vertreter der nichtständigen Sicherheitsratsmitglieder Indien, Brasilien und Südafrika gerichtete Online-Petition für eine schärfere Verurteilung Syriens durch den Sicherheitsrat integriert. Amnesty hofft, dass bei einem Einlenken dieser drei Staaten auch Russland und China ihre Opposition zu Sanktionen gegen Syrien aufgeben würden.